



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)**

374 (15.8.1930) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-353645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-353645)

# Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM 3.—, in anderen Reichsteilen abgeholt RM 2.50, durch die Post ohne Zustellgebühr RM 3.—, Einzelverkaufpreis 10 Pf. — Abholstellen: Waldhofstraße 6, Schwesingerstraße 10/12, Biederstraße 18, No. Friedrichstraße 6, Po Hauptstraße 68, W. Tappertstraße 6. — Erscheinungswerte wöchentlich 13 mal.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 24051. Postfach-Konto Nummer 17590 Karlsruhe. — Telegramm-Adresse: Remazeit Mannheim

Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt RM 1.— die 20 mm breite Zeile wöchentlich, im Restenblatt RM 2.— die 70 mm breite Zeile. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Sätze. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Rubriken, an besonderen Plätzen und für überhöfliche Aufträge 1 c/m. — Geschäftsamt Mannheim.

Beilagen: Sport der N. M. Z. \* Aus der Welt der Technik \* Kraftfahrzeug und Verkehr \* Die fruchtbare Scholle \* Steuer, Gesetz und Recht \* Neues vom Film Mannheimer Frauenzeitung \* Für unsere Jugend \* Mannheimer Reisezeitung \* Mannheimer Vereinszeitung \* Aus Zeit und Leben \* Mannheimer Musikzeitung

Abend-Ausgabe

Freitag, 15. August 1930

141. Jahrgang — Nr. 374

## Neue polnische Anmaßungen gegen Deutschland

Demarche über die Treviranus-Rede - General Haller fordert Breslau und Ostpreußen für Polen

### Der Brief Hallers

Von unserem Warschauer Vertreter  
— Warschau, 14. August.

Nachdem einzelne französische Blätter das Stimm gegeben hatten, um wieder einmal aus einer Reihe einen Gelehrten zu machen, griffen polnische Blätter das Thema der Treviranusrede begierig auf, um ihn nun durch einige Tage hindurch damit in der in Polen üblichen Weise zu beschäftigen. Auf den Inhalt der polnischen Angriffe gegen die deutsche Ministerrede einzugehen, erübrigt sich doppelt, weil schon ein Blick der Artikelüberschriften belehrend genug ist. Es heißt in diesen Überschriften: „Ein deutscher Minister droht mit Krieg“, „Ohne Umschweife frech und provokatorisch“, „Unrechthafte Klatsche eines deutschen Ministers auf die Grenzen der polnischen Republik“, „Offizielle Klatsche Deutschlands auf unsere Behauptung“ usw. Von deutscher Seite ist in sachlicher und durchaus berechtigter Weise von dem Kampf um das Recht mit friedlichen Mitteln gesprochen worden, die Verhandlungen der von Regierungskreisen ausgeschickten Bevollmächtigten der polnischen und tschechischen, denen führende polnische Minister an leitender Stelle angehören, sind weit weniger auf friedliche Mittel eingestellt und stehen sich wie ein roter Faden durch mehr als ein Jahrzehnt hindurch. Wie oft hören wir hier schon das Wort von dem „Marsch an die Oder“, wie oft wurde zur besseren Aufhebung gegen die deutsche Minderheit Polens den Versammlungsgliedern erklärt, daß die Stunde zur Vertreibung der unerwünschten Brüder kommen werde, in allen Reden der halb-militärischen Verbände spielt das Motiv der gewalttätigen Befreiung weiterer Polen von der „Barbarisierung“ die leitende Rolle. In allen diesen, viele Jahre hindurch fortgesetzten Verhandlungen haben die Polen nie „Kriegsdrohungen“, weil sie überhaupt ein friedliches Volk sein wollen, in der sachlichen deutschen Ministerrede aber erblickt die gesamte polnische Presse ganz selbstverständlich eine solche Kriegsdrohung!

Dies zugleich mit der erwähnten Rede hat der bekannte polnische General Haller, der während des Krieges aus deutschen Kriegsgefangenen polnischer Sprache in Frankreich eine polnische Armee, die nach ihm genannte Haller-Armee, gründete, einen Brief geschrieben, dessen Inhalt doch schon überlegt war, umso mehr als der Brief in seinem vollen Inhalt jetzt in der polnischen Presse veröffentlicht wird. Dieser Brief Hallers, dessen Familie übrigens an Warschauer Berg kommt, wurde geschrieben zur Einweisung einer Fahne von Hallersoldaten in Ost-Ober-Schlesien. Zu ihm heißt es:

„Unter hoher Einschätzung der Tugenden meiner Soldaten und Schielen, daß der in Frankreich organisierten Armee ein so hervorragendes Material tapferer Männer sowie erstklassiger Uniformträger und Offiziere gegeben hat, welche ich immer gerne unter Euch. Um so mehr zieht mich heute mein Herz zu Euch, wo Ihr das Recht der Einweisung unter Fahne zur Erhaltung und zum Aushalten auf dieser und so überaus teuren polnischen Erde der Westgrenzen begehrt, die unsere Grenzen nicht sind und nicht sein können, da weiter nach Westen hin polnische Schieler bis nach Tappein und Breslau wohnen, an die Polen unverjährt Rechte hat.“

Schließlich wohnen Polen auch im deutschen Westen, in vielen landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands, die sind nach Härten in Frankreich und Amerika vertrieben. Will man auch diese Gebiete alle noch als zu Polen gehörig reklamieren? Weiter wird in dem Hallerbriefe in der bekannten unmaßgeblichen Weise von den Rechten gesprochen, die die deutsche Minderheit in Polen habe und von den Verbindungen der Polen in Deutschland, wobei der General versichert, daß rund eine Million Deutsche aus den an Polen gefallenen Gebieten verdrängt wurden und in Preußen eine Minderheitskolonialregierung durchgeführt ist, die die höchste Schikane aller Deutschen in Polen ist. Dann heißt es in dem Briefe des Generals Haller noch:

### Verschleuderung deutschen Privatbesitzes Anerkennung Vergeudung in Ostafrika

#### Sprechende Siffen

Der Jahresbericht, den die englische Regierung als Mandat für Deutschafrika dem Völkerbund für das Jahr 1929 unterbreitet hat, läßt den Umfang und das finanzielle Ergebnis der Enteignung des deutschen unbeweglichen Privatbesitzes in Deutschafrika deutlich erkennen. Danach hat sich England 479.154 ha. in deutschem Privatbesitz befindliche Ländereien angeeignet und für insgesamt 1.845.000 Pfund Sterling wieder veräußert. Das bedeutet, daß diese zum Teil sehr wertvollen Ländereien mit fast dem Durchschnittspreis von knapp 4 Pfund Sterling für den Hektar verschleudert wurden. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß mehr als die Hälfte dieses wertvollen Raubguts, nämlich 240.148 ha., an England „verkauft“, das heißt, halb verschleudert wurde, während etwa 125.000 Hektar in den Besitz englischer Indier übergingen. Deutschen Farmern wurden gnädig ganze 11.231 Hektar künstlich überlassen.

Diese skrupellose Vergeudung deutschen Privatbesitzes wird besonders deutlich erkennbar, wenn man den letzten deutschen Jahresbericht über Ostafrika aus dem Jahre 1928 einem anderen Studium unterzieht. Nach diesem Bericht fanden damals 100.000 ha. unter Kultur, wovon 50.000 ha. mit Stalbanbau bebaut waren. Auf diesen Stalbanbau wurden im Kalenderjahr 1928 insgesamt 21.000 Tonnen Haun getrennt. Wenn man nun den Wert der Haun für 1928 mit 500 A. ansetzt, so ergibt das einen Betrag von 10.500.000 A.

Aus dieser Berechnung ergibt sich die empörende Tatsache, daß England den gesamten privaten deutschen Grundbesitz in Ostafrika

#### für eine Summe verschleudert

hat, die nur doppelt so groß ist wie der Jahresertrag eines Bruchteils dieses deutschen Grundbesitzes. Einen Beweis dafür, wie lobend der Erwerb der deutschen Plantagen für die (größtenteils englischen) Käufer gewesen ist, liefern die

Ertragsberichte: 1928 erreichte die Eisenerzeugung schon wieder 25.000 Tonnen, und sie ist in den nächsten Jahren noch gestiegen. Im Jahre 1928 wurden bereits 38.000 Tonnen im Werte von 28 Mill. Mark geerntet.

Das „business as usual“ — so bemerkt zu diesem Thema sehr treffend die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — ist wenigstens hier glänzend zu seinem Recht gekommen, allerdings auf Kosten von Privatbesitz und durch Methoden, die so schäblich waren, daß es schon des Verfassers Diktats bedurfte, um sie der Welt gegenüber rechtlich zu verdrängen.

### Südafrikas Unabhängigkeit

Telegraphische Meldung

— Madras, 14. August.

Der Premierminister von Südafrika, General Verhoop, gewährte am Bord des Dampfers, auf dem er sich zur britischen Reichskonferenz nach London begibt, einem Reuters-Korrespondenten eine Unterredung. Der Minister betonte, er halte die Anerkennung der Unabhängigkeit Südafrikas durch die Konferenz für hochwichtig.

„Unter keinen Umständen“, sagte General Verhoop, „kann ich in dieser Frage irgend eine Ungewissheit zulassen. Beim der Bericht der Reichskonferenz von 1921 zur Beratung kommt, in dem die Selbständigkeit der Dominions gewährleistet wird, dann wird es klar gemacht werden, daß das Recht Südafrikas, sich vom britischen Reich abzutrennen, unberührt bleiben muß und daß unsere Unabhängigkeit nicht angezweifelt werden darf. Unter dieser Voraussetzung wird das südafrikanische Volk, wie ich sehr glaube, bereit sein, von ganzem Herzen und immer härter mit Großbritannien und den anderen Dominions zusammenzuarbeiten.“

Ueber die Frage des Reichs Freihandelsbegriffs, erklärte General Verhoop, er halte eine solche Politik für praktisch unmöglich, und er glaube nicht, daß sie viele Anhänger in den britischen Dominions finden werde.

### Die liberale Einigung

Eigener Bericht

\*\* Stuttgart, 15. August.

Die in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen den Landesverbänden der Deutschen Volkspartei in Baden und Württemberg und den Organisations- und Staatspartei in den beiden Ländern haben heute nachmittags 2 Uhr im Hindenburgden begonnen. Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, nehmen die Verhandlungen einen befruchtenden Verlauf, so daß noch heute ein günstiger Abschluss zu erwarten ist.

deutsch-polnischen Beziehungen seien „sehr ungünstig“. Darauf habe ihm der deutsche Geschäftsträger erwidert, daß ihm eine Diskussion über die Zerlegungen des Ministers Treviranus nicht möglich sei. Nach seiner Kenntnis aber sei in dieser Rede nichts enthalten, was die Grundlagen der deutsch-polnischen Beziehungen verändere oder mit den geltenden Verträgen nicht im Einklang stehe. Es sei völlig unzulässig zu glauben, daß Treviranus an eine friedliche Neubestimmung der bestehenden Grenzen denke.

Der deutsche Geschäftsträger unterließ es auch nicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß in der Frage der Grenzsetzung im Osten sämtliche deutsche Regierungen bislang die gleiche Auffassung vertraten und die gleiche Auffassung stets mit aller Deutlichkeit bekundet hätten.

### Splinterparteien

In den von der Reichsregierung geplanten großen Reformen gehört auch eine Reform des Wahlrechts. Das Reichsinnenministerium ist wieder einmal damit beschäftigt, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten. Bisher hat fast jeder Innenminister diese Frage angepaßt, dann aber von ihrer gesetzgeberischen Behandlung respektvoll Abstand genommen, weil er nicht glaubte, die erforderliche Mehrheit im Reichstage erhalten zu können. Ueber die Absichten Dr. Brüchls liegt bisher nur eine kurze, allerdings inhaltlich schwere amtliche Verlautbarung vor. Danach soll sich die geplante Wahlrechtsreform im Rahmen des Artikels 23 der Reichsverfassung halten. Das bedeutet Aufrechterhaltung des Wahlrechts für alle Männer und Frauen über 20 Jahre, und es bedeutet weiter ein Festhalten an dem Grundsatz der Verhältniswahl. Die Reform kann demnach nur bringen eine Verfeinerung der Wahlkreise und eine Veränderung der Abgeordnetenzahl — bedingt ist an eine Vergrößerung — daneben wären dann noch Bestimmungen möglich, die dem Umwurzeln der Splinterparteien entgegenwirken.

Vor den Reichstagswahlen vom Mai 1928 hatten bereits Besprechungen der großen Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten stattgefunden mit dem Ziele, durch die Forderung einer Kartellstellung das Aufsteigen der Splinterparteien zu erschweren. Es ist heute so, daß eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Personen einen Wahlvorschlagn einreichen kann, der dann kostenlos auf den amtlichen Stimmzetteln vermerkt wird. Auf diese Art können Leute, die nie ernstlich für die Gewinnung eines Mandats in Frage kommen, auf Kosten der Steuerzahler die Geltungsbedürfnisse befriedigen und sich mächtig machen. Die Parteien haben sich damals nicht einigen können, das Wahlrecht blieb unverändert und ist auch von dem im Mai 1928 gewählten Reichstag nicht angefaßt worden.

Die Folge hiervon war, daß im Mai 1928 in den 3 Wahlkreisen 642 Kreiswahlvorschlagn eingereicht wurden. Rund 35 Parteien und Gruppen kämpften um die Wahl der Wähler. Nur 15 Parteien gelang es, Mandate zu erhalten, 23 Parteien und Gruppen gingen völlig leer aus. Die verbleibenden aber 82.000 Stimmen auf ihre Listen, die nun ohne jede Vertretung im Reichstage geblieben sind. Hätten diese Wähler, die zum großen Teil dem bürgerlichen Lager angehören, ihre Stimmen den großen Parteien gegeben, dann hätten sie 10 Abgeordnete in den Reichstag entsenden können. Bei diesen Splinterparteien ist nicht unberücksichtigt die Aufwertungspartei, die 482.097 Stimmen erhielt, und mittels Antrags auf 3 Mandate schacht hätte, tatsächlich aber nur zwei Mandate zu erzielen bekam, weil nach dem Wahlgesetz auf der Reichsliste nur soviel Abgeordnete als gewählt seien, wie in einzelnen Wahlkreisen gewählt wurden. Die Aufwertungspartei hat aber nur einen einzigen Abgeordneten in einem Wahlkreis durchbringen können und auch hier gelang es ihr nur durch die Vorkonvention mit einem Nachwahlkreis.

Die Splinterparteien haben bei den früheren Wahlen in jedem Wahlkreis nicht unbeträchtliche Stimmen auf sich vereinigen können. Sie sind also keine bloßen nebensächlichen oder lächerlichen, sondern eine allgemein deutsche Erscheinung. Besonders bedenklich ist, daß die Zahl der Splinterparteien und die Stimmen, die sie auf sich ziehen, eine steigende Tendenz aufweisen, was sich wohl daraus erklärt, daß die politischen Geschäftsmacher die Wahlkreise besser zu beherrschen und auszunutzen verstanden haben. Bei der Wahl zur Nationalversammlung, als die Parteien ihre Stimmzettel noch selbst besahen und verteilen mußten, fielen unter die Rubrik „Andere Parteien“ nur 182.000 Stimmen gegenüber 822.000 im Mai 1928! Im Mai 1925 gab es unter anderem eine Liste für die „Rechtsinteressen der Lebigen“, eine „deutsch-christliche (mitriehende)-Volkspartei“, eine „Partei für Recht und Vaterland“, eine „unpolitische Liste der Kriegsveteran“ usw. usw.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Unternehmern von Splinterparteien diesmal auf ihre Tätigkeit verzichten werden, denn sie können ihren Untergang in eine

### Die Demarche Salestis

Drahtbericht unseres Berliner Bureau

— Berlin, 15. August.

In der Demarche Salestis beim deutschen Geschäftsträger in Warschau wegen der Treviranusrede hören wir, daß der polnische Außenminister erklärte, die Auswirkungen der Rede auf die













